Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 182. **Donnerstag, 7. August 1930, abends.** **83. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Wachsende Interessenlosigkeit.

au. Die Tage allgemeiner Spannung und Erregung liegen gar nicht lange zurück. Das ganze Volk nahm plötzlich Anteil an den politischen Vorgängen und selbst der vielumworbene Nichtwähler erklärte, diesmal werde er zeigen, was er könne. Ja, wäre der Reichstagsauflösung in wenigen Tagen die Wahl gefolgt, sie hätte eine beispiellose Beteiligung gehabt. Die Zeit indessen heilt alle Wunden, sie macht den wütendsten Politiker zu einem sanften Menschen und gleicht viele Unebenheiten aus. Der Mensch vergißt so schnell. Das erleben wir jetzt wieder. Das Volk war empört über das ewige Hin und Her in der Regierung und im Reichstage. Es wollte Taten sehen, wollte einen Entschluß lesen, wollte Kraft erkennen. Die Verzettelung jedoch macht mürbe und kühlt ab. Es wurde zunächst durch die Sammlungsrufe wach gehalten, da die Sammlung aber just so zu versacken scheint, wie alle großen Pläne, die lange angekündigt werden und nicht zur Durchführung kommen, so hat sich aus der regen Anteilnahme inzwischen eine Interessenlosigkeit entwickelt, die jeder, der mit offenen Augen durch die Welt geht, wahrnehmen kann. Die zur Wahl entschlossenen Nichtwähler sind wieder in sich versunken und zu Nichtwählern geworden. Die Zweifler an der Sammlungskraft des Bürgertums lesen nur noch die Ueberschriften in den Zeitungen und sind es müde, die Unentschiedenheit weiter aktiv mit zu erleben. Aus dem Lande kommen allenthalben Nachrichten, daß politische Versammlungen nur schlecht besucht sind. Wer will angesichts dieser Tatsache heute schon voraussagen, wie die Wahlen ausfallen? Das ist ein Unterfangen, ein Wagnis, das nicht einmal die sattsam bekannten Wahlstatistiker unternehmen. Bisher wußte man so ungefähr, wie die Stimmung im Lande ist. Bis wenige Tage nach der Auflösung des Reichstags konnte man noch zu behaupten wagen, man kenne die Stimmung im Lande. Heute ist diese Stimmung eingeschlafen und hat einer Interessenlosigkeit Platz gemacht, gegen die wieder Sturm gelaufen werden muß.

Sicherlich hat die Wahlpropaganda diesmal eine schwere Aufgabe. Sie wird aber nicht etwa sofort aus den zurückhaltenden Massen neue Flammen aufschlagen, sondern allmählich erst wieder die Geister wecken können. Ist die Stimmung im Lande gesunken, das Interesse für die Politik so eingeschlafen, sind die Wähler der Politik so müde geworden, dann muß mit allen Mitteln gearbeitet werden, um sie wieder zu beleben. Welche Mittel die richtigen sind, muß sich erst erweisen. Daß die Parteien mit allem Nachdruck an die übliche Aufklärung gehen, ist selbstverständlich. Eines ist aber zu bedenken: Heute urteilt der Wähler nicht mehr aus den Eindrücken, die ihn eine Zeit politisch aktiv hielten, sondern neigt dazu, sich belehren zu lassen. Die Partei wird also die meisten Erfolge haben, die die gesunkenen Interessen der Masse auszunutzen versteht und die mit Schlagworten ein Programm einhämmert, das den Wähler aufhorchen und sich erinnern läßt. Das wars ja, was ich damals sagte! Die Wahl ist zu einem Spiel geworden. Die Wählermassen dürfen nicht so hoch eingeschätzt werden, wie es vielfach geschieht. Sie sehen nicht die Grenzen der einzelnen Parteien und ihre politische Meinung ist nicht abgeklärt. Sie sind hörig dem, der ihnen ins Herz spricht. Das kann aber nur der Redner, der viel verspricht, um wenig zu halten, die Opposition macht und zum Widerstand reizt, der alles verdammt, ohne zu zeigen, wie aufzubauen ist. Es ist bedauerlich, daß zwischen dem politischen Auftakt die Zeit der Sammlungsverhandlungen und die vielen Widersprüche und auch Widersinnigkeiten kamen. Sie hat dem Agitator die Grundlage zum Erfolg gegeben. Nur eine durchgreifende Agitation kann heute noch einer Partei Erfolge sichern.

Weiteres Anwachsen der Streikbewegung in Nordfrankreich.

)(**Paris.** Ueber den Stand des Streiks in Nordfrankreich berichtet Havas, daß gestern in Roubaix-Tourcoing neuerdings 9000 Arbeiter die Arbeit eingestellt haben, so daß sich eine Gesamtzahl von 73 000 Streikenden für diesen Bezirk ergebe. Im einzelnen sind in Roubaix jetzt 117 Fabriken von der Streikbewegung betroffen. Die Zahl der Ausständigen beträgt 29 500. Davon entfallen 22 455 auf 86 Fabriken, die vollkommen stilliegen. Etwa 13 000 Arbeiter arbeiten, da ihre Forderungen bewilligt worden sind. In Tourcoing ist die Zahl der Streikenden von gestern auf heute von 22 150 auf 29 500 gestiegen, davon 8650 Streikende in 41 Fabriken, die vollkommen stilliegen, und 20 846 Streikende in Betrieben, die z. T. stilliegen. Die Zahl der Streikenden in der Textilindustrie in Lille wird mit rund 17 000 als stationär angegeben. Dagegen soll die Zahl der Ausständigen in der Metallindustrie in Lille von 12 500 auf 10 000 zurückgegangen sein. Nach Havas soll das Zunehmen der Arbeitseinstellungen im Bezirk Roubaix-Tourcoing vor allem auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß die auf französischem Gebiet beschäftigten belgischen Arbeiter von streikenden belgischen Arbeitern verhindert werden, sich zu ihren Arbeitsstätten nach Frankreich zu begeben.

Reichsnot — Gemeindenot.

vdz. **Berlin.** Der **Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert,** nimmt zu den aktuellen Fragen der **Gemeindefinanz-Wirtschaft** in der Zeitschrift „Der Städtetag" in Ausführungen Stellung, in denen es heißt: **Zum ersten Male habe die Reichsregierung anerkannt, daß ein Zusammenbruch der Gemeindefinanzen, eine dadurch erzwungene Einstellung wichtigster Gemeindeaufgaben in gleicher Weise einen Notstand für die Gesamtheit schaffen würde, wie ein Versagen der Reichsfinanzen.** Es gehe um die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung beim Reich, um die Aufrechterhaltung der Fürsorge für Wohlfahrtserwerbslose bei den Gemeinden. Kaum an einer anderen Stelle trete der Zusammenhang zwischen Reichs- und Gemeindeaufgaben so klar hervor, wie hier. **Lag hier ein allgemeiner Notstand beim Reich vor,** so führt Dr. Mulert weiter aus, **so erst recht bei den Gemeinden,** bei denen eine aus der Finanznot erzwungene Stockung der Betreuung gerade den besonders bedürftigen Wohlfahrtserwerbslosen einfach sozial unerträglich erscheinen mußte. Der Deutsche Städtetag habe bei dieser Sachlage geradezu die historische Mission gehabt, in engster Fühlungnahme mit der Reichsregierung daraufhin zu wirken, daß als notwendige Folgerung aus dieser Lage den Gemeinden nunmehr durch eine gesetzgeberische Aktion des Reiches eine unmittelbare finanzielle Hilfe zuteil werde. Diese Forderung habe ihre grundsätzliche Anerkennung in der Notverordnung gefunden. Die neuen Einnahmequellen seien den Gemeinden nicht als neue Reichsüberweisung, sondern zur eigenen Beschlußfassung übertragen. Diese Form decke sich vollkommen mit der Stellungnahme der deutschen Städte, die sich zusammenfassen lasse in die Worte: Selbstverwaltung — Selbstverantwortung. Unausbleibliche Konsequenz freilich sei, daß dann dieser Grundsatz auch bei dem weiteren Reformwerk zur praktischen Auswertung gelange.

Die **Erhöhung der Gemeindebiersteuer** entspreche einer alten Forderung des Deutschen Städtetages. Die **Bürgersteuer** sei als solche vom Deutschen Städtetag aus finanziellen, organisatorischen und sozialen Gründen stets abgelehnt worden. Die Verknüpfung der neuen Steuereinnahmen mit den Realsteuern werde in der vorgesehenen Form praktisch kaum durchführbar sein. Eine gewisse Verschiedenheit der Realsteuern sei nicht nur historisch, sondern auch wirtschaftlich begründet und tragbar. Es müsse deshalb zu verfehlten Ergebnissen führen, alle Gemeinden nach einem Landesdurchschnitt zu behandeln. **Ungeachtet dieser Bedenken müsse indessen anerkannt werden, daß die Notverordnung vielen Gemeinden die Möglichkeit einer finanziellen Entspannung im Augenblick allergrößter Not bringe.** In umfassender Weise könne das **Problem der Wohlfahrtserwerbslosen allerdings nur durch die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe und ohne zeitliche Begrenzung gelöst** werden. Der Entwurf der neuen Richtlinien für das Schuldenwesen der Gemeinden **dürfe unter keinen** Umständen zum Beschluß erhoben werden. **Weit entfernt,** dem Gesichtspunkte der Stärkung der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung Rechnung zu tragen, enthielten die neuen Richtlinien eine weitgehende Ausdehnung der Zuständigkeit der Beratungsstelle auf dem Inlandsmarkt, der dadurch im Erfolge für die Kommunalanleihen einer völligen behördlichen Planwirtschaft unterworfen werden würde. Erfreulicherweise hätten Reichsfinanzminister, Reichsbankpräsident und preußischer Ministerpräsident der Auffassung der deutschen Städte bei persönlicher Unterrichtung weitgehendes Verständnis entgegengebracht. Grundsätzliche Gleichberechtigung, Verantwortlichkeitsgefühl auf allen Seiten, offene Politik und gegenseitiges Vertrauen seien die Wege, der gemeinsamen Not **Herr zu werden.**

Die Städte, so schließt **Dr. Mulert,** sind **zu** solcher Politik bereit.

Reichslandbund protestiert gegen Reichsverband der Deutschen Industrie.

* **Berlin.** Der **Reichslandbund** hat folgendes von Freiherrn von Wimowsky und von Sybel unterzeichnetes **Schreiben an den Reichsernährungsminister Schiele gerichtet:**

„Das „Berliner Tageblatt" veröffentlicht im Handelsteil unter der Ueberschrift: „Die Industrie gegen Schieles Handelspolitik" eine Mitteilung darüber, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie in einem Schreiben an den Reichskanzler in sehr ernster und nachdrücklicher Form gegen die deutsch-finnische Handelsvertragspolitik des Reichsernährungsministers Stellung genommen habe. Der Reichsverband begrüße das Scheitern der privatwirtschaftlichen Verhandlungen mit Finnland und spräche sich gegen die aus Anlaß des Scheiterns des privaten Abkommens „von gewissen Agrarpolitikern" geforderte Kündigung des Handelsvertrages aus. Wir bedauern auf das lebhafteste diesen Schritt des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der einen der wichtigsten bäuerlichen Produktionszweige zum Tode verurteilen würde, wenn er bei der Reichsregierung von Erfolg begleitet sein würde. Auf diese Bedeutung der Lösung der Bindungen für Butter und Käse, sei es im Wege eines privaten deutsch-finnischen Abkommens oder im Wege der Kündigung des Handelsvertrages, glauben wir dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gegenüber nicht weiter eingehen zu brauchen. Wir gestatten jedoch unsererseits in nachdrücklichster und feierlichster Form gegen diesen Vorstoß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu protestieren und die Reichsregierung dringend zu bitten, dem Schreiben des Reichsverbandes kein Gehör zu schenken. Die Bemühungen zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, wie sie der Reichspräsident in seiner März-Botschaft gefordert hat, würde unwirksam sein, wenn die Reichsregierung den Forderungen der Industrie nachgeben würde. Wir glauben bei dieser Gelegenheit auch unserem Bedauern darüber Ausdruck geben zu sollen, daß von einer gewissen deutschen Presse in den letzten Tagen geradezu die Aufforderung an das Ausland gerichtet worden ist, die auf den Schutz der deutschen Landwirtschaft eingestellte Politik der jetzigen Reichsregierung durch Boykottmaßnahmen zu verhindern. Wir bitten die Reichsregierung, sich durch derartige Boykottandrohungen in der bisher von ihm befolgten Politik nicht beirren zu lassen."

Die Preissenkung im Reichswirtschaftsrat.

vdz. **Berlin.** Der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Vorl. Reichswirtschaftsrates hat zunächst in einer allgemeinen Aussprache zu den von der Reichsregierung ihm vorgelegten Fragen bezüglich der Preissenkungsmöglichkeiten Stellung genommen und diese Aussprache abgeschlossen. Das Ergebnis der Aussprache soll von einem Ausschuß, in den die einzelnen Abteilungen des Reichswirtschaftsrats je zwei Vertreter entsenden, zusammengefaßt werden, und darüber sollen demnächst weitere Beratungen stattfinden.

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung

trat unter dem Vorsitz des Abg. Henke (Soz.) am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen. Zunächst wurde die beantragte **Aufhebung der Immunität von drei Mitgliedern** der beiden Ständigen Ausschüsse einstimmig **abgelehnt.**

Der Ausschuß stimmte sodann einer Verordnung der Reichsregierung über die **Kennzeichnung von Mischbrot** zu, die im Brot-Gesetz vorgesehen ist, die Zustimmung des Reichsrats bereits erhalten hat, aber auch noch der Zustimmung eines Reichstagsausschusses bedurfte.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung, **„Stellungnahme zu der neuen Notverordnung"**, wurde von kommunistischer Seite beantragt, die neue Notverordnung aufzuheben. Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Ausschuß ihre Verfassungswidrigkeit aussprechen möge.

Mit 16 gegen 12 Stimmen nahm der Ausschuß einen von den Abgg. Dr. Bell (Ztr.), Dr. Scholz (DVp.), v. Kendell (Landvolkp.), Meyer-Berlin (Dem.), Drewitz (W.-P.) und Emminger (Bayer. Vp.) eingebrachten **Antrag** folgenden Inhalts an:

„Der Ausschuß erklärt sich zur Behandlung der eingebrachten Anträge, die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten aufzuheben oder für verfassungswidrig zu erklären, für unzuständig."

Ein kommunistischer Antrag, angebliche Wahlbehinderungen in der heutigen Sitzung zu besprechen, wurde abgelehnt.

Zur Parteigruppierung.

vdz. **Berlin.** Nachdem die Nationalliberale Korrespondenz, das parteiamtliche Organ der Deutschen Volkspartei, auf die Einladung des Herrn Koch-Weser an Dr. Scholz zu einer neuen Besprechung heute Donnerstag die Auffassung kundgegeben hatte, daß diese neue Unterhaltung nur eine Aussprache von Mensch zu Mensch sei, aber keine neue politische Aktion darstellen könne, hat Herr **Koch-Weser** gestern Herrn **Dr. Scholz mitgeteilt, daß sein Gesundheitszustand es ihm nicht erlaube, nach Berlin zurückzukehren,** daß er aber es Herrn Scholz anheimstelle, sich mit Herrn **Dr. Höpker-Aschoff** ins Einvernehmen über eine Unterhaltung zu setzen.

Ueber 2 Millionen Arbeitslose in Großbritannien.

* **London.** Wie das Arbeitsministerium bekannt gibt, ist die Zahl der **Arbeitslosen** in der am 28. Juli zu Ende gegangenen Woche **auf 2 011 477 gestiegen;** gegenüber der Vorwoche bedeutet dies eine Steigerung von 38 737 und gegenüber der gleichen Zeit der Vorjahres um 857 338.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien hat damit zum ersten Male die Grenze von 2 Millionen überschritten.

SLUB
Wir führen Wissen.